

30.3.32

Aufzeichnungen über die Reise nach Paris.

I.

Am Mittwoch, den 23. März 1932, nachmittags 4 Uhr, wurde der Unterzeichnete mit den Herren Minister Dunant und Direktor Stucki von Herrn Ministerpräsident Tardieu empfangen. Dieser begrüßte uns sehr liebenswürdig und dankte lebhaft, dass ich nach Paris gekommen sei und dass er so Gelegenheit habe, direkt mit der schweizerischen Regierung zu verhandeln. Er befasste sich sodann in einer längern Aussprache mit den verschiedenen wirtschaftlichen Problemen, die die Schweiz und Frankreich betreffen.

Der Ausgangspunkt der Darlegungen des Herrn Tardieu war der Wunsch, zu einer harmonischen Zusammenarbeit und einer kompletten Verständigung zwischen den beiden Ländern zu kommen. Er wies darauf hin, dass gewisse kleine Friktionen zum Teil lokaler Natur beständen, die beseitigt werden müssten. So gelangte er zur Zonenfrage. Er betonte allerdings sofort, dass, wie die Dinge heute liegen, die Erledigung der Sache dem Gerichtshof im Haag überlassen werden müsse, er bedauere das zwar und finde, man hätte sich früher verständigen können und sollen. Heute sei nun daran nichts mehr zu ändern, dagegen finde er, dass, falle das Urteil wie es wolle, beide Parteien nachher miteinander verhandeln müssen, um einen befriedigenden Zustand herbeizuführen. Damit dies leichter sei und damit vor dem Urteil gewisse Härten vermieden werden, möchte er jetzt schon gleichsam die Zukunft etwas präparieren und einige Erleichterungen des jetzigen Grenzregimes vorschlagen. Er sprach dann insbesondere den Wunsch aus, dass für ca 15 Gemeinden, die nicht zu den kleinen Zonen, wohl aber zu der früheren sogenannten grossen autonomen Zone gehören, Erleichterungen für deren Einfuhr nach der Schweiz geschaffen werden. Es handle sich namentlich um landwirtschaftliche Produkte, Milch, Fleisch u.a.m. Schriftlich lag nichts vor und aus den



- 2 -

mündlichen Bemerkungen musste ich schliessen, dass Herr Tardieu^{namentlich} die Wiederaufhebung der Massregeln, die jüngstens hinsichtlich der Einfuhr aus den grossen Zonen vom Bundesrat getroffen worden sind, im Auge hatte. Aus einem Gespräch, das nach unserer Konferenz zwischen Herrn Stucki und den Herren Labouray und Coulondre stattfand, geht hervor, dass die bewussten 15 Gemeinden in der 10 km-Zone liegen und dass die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die ermöglicht werden sollte, einen jährlichen Wert von ca 900.000 Franken hätte. Als Gegenleistung würde Frankreich die zollfreie Einfuhr von Waren aus Genf nach französischem Gebiet ungefähr im selben Wert und überdies Verkehrserleichterungen für den Personen- und Automobilverkehr zugestehen. Schliesslich tönte Herr Tardieu auch an, es wäre wünschenswert, dass man sich über das besprechen würde, was eventuell nach dem Urteile eintreten soll.

Zu den allgemeinen wirtschaftlichen Fragen übergehend bezeichnete Herr Tardieu die Situation als äusserst ernst. Der Herd der Schwierigkeiten liege seines Erachtens in der Lage der Donaustaaten. Von Wien aus sei eigentlich der Anfang des Zusammenbruchs gegangen, der sich dann auch auf Deutschland übertragen habe. Es müsse daher ein anderes Regime für die Donaustaaten inkl. Tschechoslowakei gefunden werden. Dabei handle es sich nicht um eine Zollunion, wohl aber um einen wirtschaftlichen Zusammenschluss durch das Mittel von sog. Präferenzzöllen. Diese Staaten würden also unter sich sich Zollbegünstigungen gewähren, und auf diese Art und Weise würden sie sich gegenseitig ein Absatzgebiet sichern. England, fügte er bei, habe vor einigen Minuten die Erklärung abgegeben, dass es mit ihm einiggehe; bis Samstags werde er die Zustimmung Italiens haben, bis Montags diejenige Deutschlands. Die Donaustaaten, inkl. die Tschechoslowakei werden den Vorschlag annehmen müssen, denn sie brauchen Geld, er verfüge darüber. Für einmal stehe eine Anleihe von 1 Milliarde (französischer Franken) in Frage und zwar werde wohl zunächst ein kurzfri-

- 3 -

stiger Kredit gewährt werden müssen. Das Projekt behöre natürlich zollpolitisch auch uns und er behalte sich vor, zu gegebener Zeit mit uns in nähere Fühlung zu treten. Wenn, sagte Herr Tardieu, das Projekt nicht realisiert werden könne, dann käme ein Moratorium der Donaustaaten nach dem andern und innert 4 - 6 Wochen werde kein Staat in Zentraleuropa mehr bezahlen.

Herr Tardieu sprach dann von unsern Handelsbeziehungen, von den Fiktionen, die entstanden seien, über die Einfuhrkontingente und von der taxe d'importation. Der erstere Punkt könne seines Erachtens leicht und rasch erledigt werden. Frankreich sei bereit, entgegenzukommen. Was die taxe d'importation betreffe, so müsse er anerkennen, dass sie nicht "défendable" sei, er sei bereit, auch hier unsern Wünschen gerecht zu werden, indessen könne er erst nach dem 1. April den Weg bezeichnen, der beschritten werden müsse. Das Parlament werde die Taxe jetzt beschliessen, aber er werde dann sofort Mittel und Wege finden, um uns zu befriedigen.

Ich antwortete Herrn Tardieu, nachdem ich ihm gedankt hatte, ungefähr wie folgt :

Was die Zonen betreffe, so könne ich nur bestätigen, was Herr Motta ihm schon erklärt habe. Der Prozess müsse seinen Gang gehen und heute scheine eine andere Lösung nicht denkbar. Ueber das Zonenproblem und über die Vorschläge, die das Zonengebiet betreffen, könne ich also in Verhandlungen von vorneherein nicht eintreten. Was das gegenwärtige Regime angehe, so seien wir Frankreich sehr weit entgegengekommen, und wir hätten, offen gestanden, gelegentlich bedauert, dass in dem Momente, in dem der Zollgürtel an die Grenze verlegt wurde, unsererseits nicht die Konsequenzen gezogen und alle Vorrechte, die den Bewohnern der grossen und kleinen Zonen freiwillig eingeräumt worden seien, nicht aufgehoben wurden. Die grossen Zonen stehen im Prozess gar nicht in Frage. Sie seien für uns einfach französisches Gebiet. Es scheine mir aber kaum denkbar, für einen Teil dieser grossen Zonen, für die vor kurzer Zeit das régime commun einge-

- 4 -

führt worden sei, jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen, und ihnen Erleichterungen zu gewähren. Ich sei mir indessen nicht ganz klar darüber, wie er sich im einzelnen diese Konzessionen an die erwähnten, der grossen Zone angehörenden Gemeinden vorstelle und müsse denn auch, wenn ich mir über die Frage ein Urteil bilden sollte, um Präzisionen bitten.

Hinsichtlich der allgemeinen Lage wies ich darauf hin, dass Frankreich, Belgien, Holland und die Schweiz auf dem europäischen Kontinent heute sozusagen die einzigen Länder seien, in denen noch normale und gesunde Verhältnisse und keine Devisenbewirtschaftung bestehen. Wir müssten aus gemeinsamem Interesse darauf halten, dass unsere Wirtschaft gesund bleibe. Wir sollten uns das Leben nicht erschweren, sondern versuchen, uns gegenseitig zu verstehen. Frankreich sollte bedenken, dass die Lage der Schweiz eine recht schwierige sei, insbesondere auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Massnahmen des Auslandes. Die Schweiz habe hohe Produktionskosten und Preise und es rechtfertige sich daher in keiner Weise, ihr gegenüber irgendwelche Abwehrmassregeln zu treffen. Frankreich und wir hätten allgemein wirtschaftlich genommen viele gemeinsame Interessen und dies sollte auch seitens der französischen Regierung nicht vergessen werden. Die Schweiz sei das Land, dem gegenüber Frankreich absolut und relativ den höchsten Exportüberschuss aufweise, nämlich 1.400.000.000 französische Franken.

Das Donauprojekt interessiere uns sehr und ich sei Herrn Tardieu sehr dankbar, dafür, dass er uns seine Ideen darüber auseinandergesetzt habe. Wir müssten uns natürlich, nachdem das Projekt einmal bestimmte Gestalt angenommen habe, die Sache gründlich überlegen und sehen, welche Konsequenzen für uns aus einem solchen Zusammenschluss entstehen würden. Unsere Handelsbeziehungen mit den in Frage stehenden Ländern seien rege, das Prinzip der Meistbegünstigung würde selbstverständlich durch ein solches Abkommen verletzt.

- 5 -

Was die konkreten Fragen anbetreffe, so stehe in erster Linie die Einfuhr der Waren, für die der eine oder andere Staat Einfuhrbeschränkungen erlassen habe, in Frage. Da seien wir der Meinung, dass man sich gegenseitig so wenig wie möglich einschränken und in den Kontingenten nicht unter die Menge des Jahres 1931 zurückgehen sollte. Man sollte die Grundsätze feststellen, nach denen die Kontingente festgesetzt würden. Die Schweiz müsse darauf dringen, dass sie als vorzüglicher, ja bester Kunde Frankreichs angemessen behandelt werde. Die Einzelheiten möchten zunächst zwischen den Sachverständigen besprochen werden.

Was die *taxe d'importation* anbelange, so nehme ich gerne von den Erklärungen des Herrn Tardieu Notiz. Sie bedeute in der Tat einen Wertzoll von 4 % und sei infolgedessen rechtlich unhaltbar. Wir müssten auf deren Abschaffung bestehen und bedauern, dass unsere bisherigen Reklamationen gegen die bisherige *taxe*, ja selbst die Anrufung des Schiedsgerichts so wenig Erfolg gehabt hätten. Noch energischer müssten wir uns gegen die nunmehrige neue *taxe* auflehnen. Auf diese müsse Frankreich unter allen Umständen verzichten. Es handle sich hier um eine sehr wichtige, für unsern Export nach Frankreich ausschlaggebende Frage.

Herr Tardieu schlug im weiteren Verlaufe der Besprechungen einen *accord provisoire* vor, der sich mit der Erleichterung des Grenzregimes bei Genf, mit den Kontingenten und endlich mit der *taxe d'importation* beschäftigen würde. Ich machte aber sofort darauf aufmerksam, dass diese verschiedenen Dinge nicht miteinander verbunden werden können und dass insbesondere die Frage der Kontingente und der *taxe d'importation* unabhängig und so rasch wie möglich erledigt werden müsse. Gegenüber einem Abkommen über die Erleichterung des Grenzverkehrs bei Genf machte ich sowohl sachlich wie hinsichtlich des Zeitpunktes alle Vorbehalte und erklärte nochmals, dass ich für die Diskussion eines solchen Vorschlages nicht nach Paris gekommen sei.

- 6 -

Herr Tardieu reduzierte dann seinen ursprünglichen Vorschlag und sprach im wesentlichen von der Milderung des Grenzregimes zugunsten der 15 Gemeinden, die der grossen Zone angehören. Er verhehlte nicht, dass es Wahlrücksichten seien, die ihn veranlassen, uns dringend zu bitten, seine Anregung zu prüfen und fügte bei, dass wir ihm mit der Entsprechung einen grossen Dienst leisten würden.

Ich wiederholte, dass ich mich auf keine Kombination einlassen könne, die das Zonenregime betreffe oder den Zonenprozess in irgend einer Art und Weise zu beeinflussen geeignet sei. Ob den von ihm erwähnten Gemeinden gewisse Einfuhrerleichterungen gewährt werden können, könne von mir in diesem Momente nicht beurteilt werden. Ich zweifle aber daran.

An die Besprechung mit Herrn Tardieu schloss sich noch eine gemeinsame Konferenz an, an der auch Herr Handelsminister Rollin und einige Sachverständige teilnahmen. Herr Rollin begann von den Kontingentierungsfragen zu sprechen. Es zeigte sich jedoch bald, dass diese Materie nicht geeignet ist, in einem grösseren Kreise behandelt zu werden. Die Konferenz wurde infolgedessen abgebrochen.

Herr Stucki diskutierte dann noch gewisse Detailfragen mit den Sachverständigen im Handelsministerium. Bei diesem Anlass erfolgten, wie bereits bemerkt, auch einige Präzisierungen hinsichtlich der Grenzerleichterungen bei Genf. Herr Stucki erklärte, dass er kaum in der Lage sein werde, sie zu empfehlen.

II.

Am 24. März, morgens, besprach Herr Stucki mit Handelsminister Rollin und den Direktoren im Handelsministerium speziell die Kontingentierungsfragen, hinsichtlich welcher eine starke Annäherung erfolgte. Es wird in dieser Beziehung auf das Vorprojekt verwiesen, das von französischer Seite aufgestellt wurde und von uns noch näher geprüft wird.

- 7 -

Nach dem Dejeuner, das uns im Quai d'Orsay offeriert wurde, wurden nur kurz einige Fragen gestreift und eine weitere Besprechung für abends 10 Uhr konveniert.

Was Genf anbetrifft, so erklärte beiläufig Finanzminister Flandin, die jetzige Lage sei in der Tat für Genf sehr beschwerlich und eigentlich unhaltbar, und Herr Tardieu fügte bei : "Nun gut, ich werde alle diese Verkehrsschwierigkeiten - er dachte offenbar an den Automobilverkehr - mit einem Federstrich beseitigen."

III.

Konferenz abends 10 Uhr, 24. März 1932. Anwesend die Herren Tardieu und Rollin mit hohen Beamten der beiden Ministerien.

Die Diskussion beginnt mit der Frage der Kontingente. Hierüber hatten im Laufe des Tages Besprechungen zwischen Herrn Stucki und den französischen Stellen stattgefunden, durch die eine wesentliche Annäherung der Standpunkte erzielt wurde. Es liegt ein französisches revidiertes Projekt vor, das indessen noch in der Schweiz mit den Industrien besprochen werden muss. Eine Einigung auf diesem Gebiete erscheint als wahrscheinlich und darf erwartet werden. Die Vorschläge müssen jedoch noch bereinigt und können erst später definitiv werden. Wir werden dem Bundesrat später in dieser Frage speziellen Bericht erstatten.

Hinsichtlich der Frage der taxe d'importation wiederholen die Herren Tardieu und Rollin die bestimmte Erklärung, dass man unsern Wünschen gerecht werden soll. Man möchte jedoch jetzt bis zur Erledigung des Budgets in den Kammern davon nicht sprechen. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, um uns entgegenzukommen. Die prinzipielle Unzulässigkeit der Erhöhung der taxe d'importation wurde von neuem anerkannt. Auf meine Bemerkung, dass wir hier wirklich Garantien haben sollten, wurde mir von den

- 8 -

Herren Tardieu und Rollin wiederholt erklärt, wir dürften durchaus beruhigt sein. Die Einzelheiten werden in den spätern Verhandlungen festgesetzt werden.

Grenzerleichterungen bei Genf. Herr Tardieu verliest Stellen aus einem von Herrn Labouray ausgearbeiteten Projekte, das die Wünsche Frankreichs namentlich hinsichtlich der bereits genannten 15 Gemeinden enthält und sich insbesondere mit den drei folgenden Punkten beschäftigt.

1. Verpflichtung der Schweiz mit Bezug auf die kleinen Zonen, keine Aenderung am heutigen Regime eintreten zu lassen, bis auf der Grundlage des Gerichtsentscheides eine definitive Konvention abgeschlossen ist.
2. Wiederherstellung des Zustandes vor dem 1. Januar 1932 für eine Anzahl von Gemeinden der grossen Zonen, die innerhalb des 10 km-Gürtels liegen, wobei die verlangte Zollfreiheit für Milch, Gemüse, Eier, Honig etc. einem jährlichen Betrag von 950.000 Franken entsprechen würde.
3. Erleichterung für den Fleischverkehr im Grenzgebiet.

Das Projekt sah dann vor, dass die Schweiz ihre Bedingungen stellen könnte und zwar sowohl hinsichtlich des Waren- wie des Automobilverkehrs, wobei uns eine tunlichste Berücksichtigung versprochen wird. Ich erkläre, dass dieses Projekt teilweise wenigstens den Eindruck erwecke, als ob man sich mit Fragen beschäftigen wolle, die das Zonenregime betreffen und dass ich infolgedessen von vorneherein nicht einmal auf eine Prüfung eintreten könne. Herr Tardieu erklärte darauf, dass das Projekt wesentlich umgearbeitet und geändert werden müsse, er werde Herrn Labouray die nötigen Instruktionen erteilen und es uns dann schriftlich zukommen lassen.

Bis zur Stunde, in der diese Zeilen diktiert werden, Dienstag, den 29. März, wurde der schweizerischen Gesandtschaft seitens der französischen Regierung kein solches Projekt übergeben.

Wiederholt wurde von mir betont, dass diese Frage der Grenzerleichterungen in keiner Weise mit den übrigen Fragen in

- 9 -

Verbindung gebracht werden könne.

Schliesslich wurde noch eine baldmöglichste Wiederaufnahme der Verhandlungen vereinbart.

29. März 1932

Lamarche

Bemerkungen.

Die vorstehende Aufzeichnung gibt mir noch zu folgenden allgemeinen Bemerkungen Anlass :

1. Die allgemeine wirtschaftliche Lage schien mir Herr Tardieu richtig zu beurteilen. Er will jedoch den Schlüssel der Situation in einer Verbesserung der Lage der Donaustaaten suchen. Hinsichtlich Deutschlands scheint er, wie ich aus einzelnen Bemerkungen schliessen kann, weniger zu einem Entgegenkommen bereit zu sein.

2. Herr Tardieu unterschätzt zweifellos die Schwierigkeiten seines Donauprojektes. Es wird kaum möglich sein, die in Betracht fallenden Staaten namentlich so rasch unter einen Hut zu bringen. Selbst das Versprechen von Krediten wird diesen Effekt kaum erreichen. Ich habe den Eindruck, dass Herr Tardieu sich nicht Rechenschaft gibt, wie komplizierte Fragen dadurch zwischen den betreffenden Staaten unter sich und dann zwischen diesen und allen übrigen Staaten aufgeworfen werden. Er beurteilte auch die Lage hinsichtlich der Zustimmung der andern Grossmächte zu optimistisch. Am 24. März erklärte er, England habe zugestimmt, Italien und Deutschland werden folgen. Seither hat sich herausgestellt, dass England eine Konferenz angeregt hat und zweifellos wird dabei darauf hingewiesen werden, dass gerade ^{die Abnahme} für ^{des Getreideüberschuss} das Einverständnis Deutschlands mit der Kombination notwendig sei. Tardieu beurteilt alle diese Fra-

- 10 -

gen nur nach ihren grossen Linien, während die Einzelheiten die Hauptrolle spielen.

3. Herr Tardieu ist zweifellos der Schweiz wohlgesinnt und bereit, uns entgegenzukommen. Die Kontaktnahme scheint mir im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen notwendig und gut gewesen zu sein. Die Schweiz kann angesichts der wirtschaftlichen Gruppierungen, die sich bilden können, nicht auf der Seite stehen und sich nicht abschliessen. Sie muss Kontakt behalten.

4. Die Frage der Kontingentierung und der taxe d'importation dürfte befriedigend geregelt werden können, sofern wenigstens - wie bestimmt zu hoffen ist - gehalten wird, was uns versprochen wurde. Dass der Wille dazu besteht, ist für mich ausser Zweifel. Diese beiden Fragen müssen anlässlich der Anwesenheit Tardieus in Genf im Monat April definitiv geregelt werden. Wir werden durch die Gesandtschaft uns erkundigen, welcher Weg uns namentlich hinsichtlich der taxe d'importation vorgeschlagen wird.

5. Was das Grenzregime in der Nähe von Genf betrifft, so sei nochmals festgestellt, dass ich stets jegliche Diskussion und Behandlung des Zonenregimes abgelehnt habe. Wenn in dieser Beziehung in der Öffentlichkeit Missverständnisse entstanden sind, so mögen dazu die eigentümlichen Meldungen der Agentur Havas, die stets die Zonenfrage in den Vordergrund stellten, beigetragen haben. Meine Stellung ist eine absolut klare gewesen. Ich habe mich schliesslich damit einverstanden erklärt, Vorschläge Tardieus über die Erleichterung des Grenzverkehrs speziell zugunsten bestimmter nicht in den kleinen Zonen gelegener Gemeinden dem Bundesrat zur Prüfung zu unterbreiten, ohne dabei die leiseste Andeutung zu machen, dass ich solche Vorschläge befürworten würde. Hätte ich das tun wollen, so hätte ich vor allem aus die Aufhebung resp. Einschränkung der Massregeln vorschlagen müssen, die der Bundesrat auf meinen eigenen Antrag vor kurzer Zeit hinsichtlich der Einfuhr aus den

- 11 -

grossen Zonen für Milch und Fleisch getroffen hat. Ich habe es aber für ein Gebot der Höflichkeit betrachtet, es nicht abzulehnen, die französischen Vorschläge zuhanden des Bundesrates zur Prüfung entgegenzunehmen. Ich glaubte dies um so eher tun zu sollen, als Herr Tardieu auch von wesentlichen Verkehrserleichterungen für Genf sprach. Hätte ich es refusierte, solche Mitteilungen entgegenzunehmen, so hätte man mir nicht ohne Grund Vorwürfe machen können. Als aber dann Herr Tardieu mir das Projekt zu verlesen begann, das, wie es scheint, von Herrn Labouray gemacht worden ist, und ich hörte, dass darin wiederholt von den Zonen gesprochen wurde, so habe ich erklärt, dass es zwecklos wäre, mir solche Vorschläge zu übergeben. Herr Tardieu ordnete darauf sofort die Aenderung und Umarbeitung des Projektes an, das uns schriftlich versprochen wurde. Wir haben indessen auch bis zur Stunde, in der diese Zeilen diktiert werden, nichts erhalten. Es kann somit nicht die Rede sein, dass die Zonenfrage durch die ganzen Verhandlungen in Paris irgendwie berührt worden wäre.

30. März 1932.

